

Abgeordnetenhaus **BERLIN**

19. Wahlperiode

Plenar- und Ausschusssdienst

Beschlussprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung, Verbraucherschutz

47. Sitzung
20. November 2024

Beginn: 14.00 Uhr
Schluss: 17.02 Uhr
Vorsitz: Herr Abg. Sven Rissmann (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Senat wird durch Frau Senatorin Dr. Badenberg und Frau Staatssekretärin Uleer (beide SenJustV) repräsentiert.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Sitzung live auf der Homepage des Abgeordnetenhauses als Stream übertragen werde und überdies im Nachgang auf der Homepage des Abgeordnetenhauses über die Mediathek abrufbar sei.

Er stellt fest, dass die Pressevertreterinnen und Pressevertreter Bild- und Tonaufnahmen dieser öffentlichen Ausschusssitzung gemäß Art. 44 Abs. 1, S. 2 der Verfassung von Berlin i. V. m. § 4 Abs. 3 und Abs. 2, S. 2 der Hausordnung der Präsidentin vom 17. März 2023 anfertigen dürfen.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Gemäß Punkt 4, Abs. 5 der Verfahrensregeln des Ausschusses vom 24. Mai 2023 ruft der Vorsitzende die folgenden schriftlich eingereichten Fragen der Fraktionen in der Reihenfolge ihres zeitlichen Eingangs auf. Frau Senatorin Dr. Badenberg (SenJustV) beantwortet diese sowie spontane, mündliche Nachfragen der Ausschussmitglieder (zu den Antworten und Nachfragen vgl. Inhaltsprotokoll):

- „Die Berliner Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz hat abermals, auf 6,5 Punkte, die Einstellungskriterien für Staatsanwältinnen und Staatsanwälte auf Probe abgesenkt. Welche Maßnahmen ergreift der Berliner Senat, um den Staatsdienst attraktiver zu gestalten und mehr Bewerber anzulocken?“
(AfD)
- „Beabsichtigt der Senat, Planstellen für Justiziar*innen im Bereich Verbraucher- und Tierschutz im Zuge der Haushaltskürzungen zu streichen oder Planstellen in diesen Bereichen nicht neu oder vorübergehend nicht zu besetzen?“
(Die Linke)
- „Wie ist der aktuelle Stand des Vertrages über die Tätigkeit des Vertrauensanwalts für die Berliner Verwaltung?“
(CDU)
- „Wie bewertet der Senat die im Hauptverhandlungsdokumentationsgesetz vorgesehenen Änderungen zur digitalen Dokumentation von Strafprozessen und wie ist der Stand der Verhandlungen im Vermittlungsausschuss?“
(SPD)
- „Trifft es zu, dass die Senatsverwaltung für Justiz erhebliche Kürzungen in Projekten vorgenommen hat und noch weitere Kürzungen vorzunehmen beabsichtigt, welche die Zielgruppe Kinder von Inhaftierten betreffen und wie möchte die Senatsverwaltung sicherstellen, dass diese vulnerable Gruppe künftig angemessen unterstützt wird?“
(Bündnis 90/Die Grünen)

Punkt 2 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0158](#)
Personalentwicklung in der Justiz – für die Zukunft Recht
bereit sein
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD)

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass dieser Punkt bereits auf der Tagesordnung der 35. Sitzung am 21. Februar 2024 gestanden habe und aufgrund eines weiterhin bestehenden Besprechungsbedarfs vertagt worden sei. Eine Begründung des Besprechungsbedarfs sei bereits in der besagten Sitzung erfolgt.

Herr Abg. Lehmann (SPD) und Herr Abg. Herrmann (CDU) begründen erneut den Besprechungsbedarf für die Antrag stellenden Koalitionsfraktionen der CDU und der SPD.

Im Anschluss an die Beratung, in deren Rahmen Frau Senatorin Dr. Badenbergh (SenJustV) und Frau Staatssekretärin Uleer (SenJustV) Stellung nehmen, beschließt der Ausschuss einvernehmlich, Punkt 2 aufgrund eines weiterhin bestehenden Besprechungsbedarfs zu vertagen.

Punkt 3 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0127](#)
Opferschutzorientierte Täterarbeit im Sinne der [Recht](#)
Istanbul Konvention
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD)
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0131](#)
Opferschutz in Berlin – Sachstand und [Recht](#)
Herausforderungen
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Der Vorsitzende weist auf Folgendes hin:

- Zu den Punkten 3 a) und 3 b) werde der Ausschuss in der heutigen Sitzung die Wortprotokolle der bereits durchgeführten Anhörungen auswerten. Diese Wortprotokolle seien bei dem jeweiligen Besprechungspunkt unter der jeweiligen Vorgangsnummer öffentlich abrufbar. Überdies habe das Ausschussbüro den Ausschussmitgliedern und dem Senat zur Vorbereitung auf die heutige Sitzung diese beiden Wortprotokolle am 15. November 2024 digital übersendet.
- Eine Begründung des jeweiligen Besprechungsbedarfs durch die Antrag stellenden Fraktionen der CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen sei bereits in der Sitzung am 13. Dezember 2023 sowie in der Sitzung am 6. März 2024 erfolgt.

Im Anschluss an die Beratung, in deren Rahmen Frau Senatorin Dr. Badenbergh (SenJustV), Frau Staatssekretärin Uleer (SenJustV) und Frau Dr. Nickel (Leiterin des Referats I B - Justizielle Opferhilfe und zentrale Anlaufstelle für Betroffene von Terroranschlägen und deren Angehörigen / SenJustV) Stellung nehmen, beschließt der Ausschuss einvernehmlich, die Besprechungspunkte 3 a) und 3 b) abzuschließen.

Punkt 4 der Tagesordnung

- a) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [0120](#)
Drucksache 19/1164 [Recht](#)
Verfassungsgemäße Überarbeitung des sogenannten [BildJugFam](#)
„Neutralitätsgesetzes“ [Haupt\(f\)](#)
[IntGleich*](#)
[KultEnDe*](#)

- | | |
|---|--|
| b) Antrag der Fraktion Die Linke
Drucksache 19/1167
Gesetz zur Änderung des Neutralitätsgesetzes –
Neutralitätsgesetz verfassungskonform anpassen
und Diskriminierung von Hijab tragenden Frauen
beenden | 0121
Recht
BildJugFam
Haupt(f)
IntGleich*
KultEnDe* |
|---|--|

Der Vorsitzende weist auf Folgendes hin:

- Zu diesen Gesetzesanträgen sei der Hauptausschuss federführend und die Ausschüsse für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung und Verbraucherschutz; für Bildung, Jugend und Familie; für Integration, Frauen und Gleichstellung, Vielfalt und Antidiskriminierung und für Kultur, Engagement und Demokratieförderung seien mitberatend.
- Es liegen die Stellungnahmen der ebenfalls mitberatenden Ausschüsse für Integration, Frauen und Gleichstellung, Vielfalt und Antidiskriminierung und für Kultur, Engagement und Demokratieförderung vor. Darin empfehlen diese jeweils mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke die Ablehnung der o. g. Gesetzesanträge.
- Zu beiden Gesetzesanträgen liegen ebenfalls die schriftlichen Stellungnahmen des Senats nach § 43 Abs. 1 der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Berliner Verwaltung / Besonderer Teil (GGO II) vor. Sie seien den Mitgliedern des Ausschusses am 29. August 2024 per E-Mail übermittelt worden.

Frau Abg. Dr. Kahlefeld (Bündnis 90/Die Grünen) begründet den Gesetzesantrag zu Punkt 4 a).

Herr Abg. Schlüsselburg (Die Linke) begründet den Gesetzesantrag zu Punkt 4 b).

Im Anschluss an die Beratung, in deren Rahmen Frau Senatorin Dr. Badenber (SenJustV) Stellung nimmt, beschließt der Ausschuss wie folgt:

Zu Punkt 4 a):

Dem federführenden Hauptausschuss wird mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke die Ablehnung des Antrags – Drucksache 19/1164 – empfohlen.

Zu Punkt 4 b):

Dem federführenden Hauptausschuss wird mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke die Ablehnung des Antrags – Drucksache 19/1167 – empfohlen.

Entsprechende Stellungnahmen werden dem federführenden Hauptausschuss zugeleitet.

Punkt 5 der Tagesordnung

Antrag der AfD-Fraktion
Drucksache 19/1946
Strafvollzug in einem Drittstaat ermöglichen!

[0202](#)
Recht
BuEuMe(f)
InnSichO

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich, Punkt 5 der Tagesordnung aufgrund des bevorstehenden Sitzungsendes zu vertagen.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Der Vorsitzende kündigt an, dass er im Anschluss an diese Sitzung eine Runde der Sprecherinnen und Sprecher zur Festlegung der Tagesordnung der kommenden Sitzung einberufen werde.

Die nächste 48. Sitzung findet am 4. Dezember 2024 um 14.00 Uhr statt.

Der Vorsitzende

Die Schriftführerin

Sven Rissmann

Dr. Petra Vandrey